

blos
de

Die Laterne

ERSCHEINT JEDEN SONNTAG

Abonnementspreis :

Jährlich . . . 12 Mk. — 18 fr.
Halbjährlich . 6 " — 7 " 80 c.
Vierteljährlich 3 " — 3 " 75 "

(PORTO INBEGRIFFEN)

EXPEDITIONEN :

MOLENBECK-BRÜSSEL : 31, rue du Comte de
Flandre.
LONDON : Scherzer, Rose Street, 6.
Greek Street, Soho Square W.
NEUMUNSTER-ZÜRICH : Volksbuchhandlung.
Für AMERIKA : P. Hass, 608, North 3th. Street,
Philadelphia, Pa.

Die Laterne



No.

18.

Preis der Nummer :
20 Pfennig. — 25 Centimes.

Herausgeber F. Goetschalck.

EXPEDITION : 31, Rue du Comte de Flandre.
Molenbeck-Brüssel.

Die Laterne



Das Kleeblatt.

Aller guten Dinge sind drei.

Der gottgläubige Kanzler musste absolut eine Dreieinigkeit von Zöllen vorschlagen:

Gottvater — Industriezölle;

Gottsohn — landwirthschaftliche,

und über beiden, schwebend in Gestalt einer Taube, der heilige Geist der Finanzzölle.

Muss es nicht jeden frommen Patrioten erbauen, dass Deutschland, die gleiche Geschichte durchmacht, wie die Kirche?

Nachdem sich die drei Personen der Gottheit durch Jahrhunderte in den

blutigsten Kriegen um den Vorrang ge-
balgt hatten, verbanden sie sich endlich
zu brüderlich gemeinsamer Ausbeutung
der Christenheit.

Ebenso, des langen Haders müde,
umarmen sich Junkerthum, Bureau-
kratie und Fabrikantensippe, und ge-
loben einander, fortan nur noch *en com-
pagnie* zu rauben.

Das Geschäft ist für alle drei in der
That gleich vorthellhaft. Man sehe nur:

1. Unsere Fabrikanten, die bisher
„Billig und schlecht“ zur Devise hat-
ten, wollen nicht besser produziren,
sondern nur ihren Schund theurer an-
bringen! Wem es nicht passt, der kann
ja barfuss gehen.

Dies nennt man Schutz der Industrie.

2. Unsere bankerotten Landjunker
sind im Nu wieder „bei Jroschen,“ so-
bald sie uns gesetzlich zwingen dürfen,
kein anderes Getreide als das ihrige zu
kaufen.

Wem es nicht gefällt, der braucht
blos nicht zu essen.

„Schutz der Landwirthschaft“ nennt
man dies.

*
*

3. Das Reich endlich, durch sein
wachsendes Delleit bereits nahe vor die
Nothwendigkeit einer Abrüstung ge-
stellt, bekommt plötzlich die Mittel,
auch die üppigsten Militärphantasien
zu befriedigen, und dem Volk der Don-
ker so oft zur Ader zu lassen, bis seine
hohen Chirurgen finden, dass ihm auch
die letzte und blasseste seiner rebel-
lischen Ideen glücklich abgezapft ist.

Das ist die „Finanzreform“, und wem
sie nicht einleuchtet, dem steht frei,
zwischen Amerika und dem Zuchthaus
zu optiren.

*
*

Der ganzen Welt kann es auch der
Geschickteste nicht recht machen, aber
offenbar müssen alle anständigen Leute,
die noch etwas zu verlieren haben, dem
Plan des Kanzlers beistimmen, und nur
solch vaterlandsloses Gesindel, wie

wir Sozialdemokraten, ist fähig, ein so eminent patriotisches Werk zu bekämpfen.



Eben deshalb nehmen wir auch weder den Klerikalen noch den Fortschrittlern übel, dass sie gemeinsame Sache mit dem Kanzler machen.

In dieser Frage müssen alle Bourgeoisparteien den Kanzler unterstützen, der nur ihr Bestes will und richtig erkannt hat, dass ohne diese Radikalkur das Kaiserreich in wenigen Jahren abschleiben und die sozialdemokratische Republik als lachende Erbin hinterlassen würde.

..

Offen gestanden ist es uns sogar lieb, alle unsere Gegner bei diesem Anlass vereint, um das schwarz-weiss-rothe Banner geschaart zu wissen.

So lange sie einander Schimpfwörter an den Kopf warfen, konnte das Pro-

letariat mitunter daran zweifeln, ob es wirklich, wie wir ihm sagten, nur eine „einzige reaktionäre Masse“ vor sich habe.

Viele Arbeiter nahmen die Volkfreundlichkeit der Klerikalen für baare Münze; Andere hörten auf das Evangelium des Fortschritts; wieder Andere folgten den Fiedeltönen des Partikularismus.

Jetzt sind alle diese Biedermänner glücklich beisammen da, wo sie hingehören: unter der Pickelhaube, und die verirrten Schafe, die noch scheu umherirren, werden wohl auch bald den Weg des Hells finden.



Wenn es uns aber weder wundert noch leid thut, das gesammte Kapital, das bewegliche und das feste, das weltliche und das geistliche, zu einer Apotheose um ihren gemeinsamen Schutzheiligen gruppirt zu sehen, so können wir dafür um so weniger unser Er-

staunen und unser Bedauern verhehlen, neben dieser Phalanx, die ihre Interessen nicht ohne Intelligenz vertheidigt, auch einige Personen zu bemerken, die sich bisher Sozialdemokraten titulirt haben.

Wir ersuchen diese scharfsinnigen Politiker, gefälligst einmal folgende Sätze zu widerlegen:

„Die politische Form des Kaiserreichs ist von der Bourgeoisie mit gutem Grund gewählt worden, in Deutschland wie in Frankreich, weil keine andere so passend wie sie zur Vertheidigung der Herrschaft einer Klasse dient.“

„Pressfreiheit, Versammlungs- und Vereinsrecht, ehrliche Handhabung des allgemeinen Stimmrechts — die Mittel, durch die wir die Emanzipation des vierten Standes oder der arbeitenden Klasse angestrebt haben — sind mit dem Bestehen des Kaiserreichs unver-

einbar, weshalb besagtes Kaiserreich nicht gezögert hat, sie abzuschaffen.“

„Durch die Schutzzölle will man dem Kaiserreich die Mittel bieten, seine ebenso kostspielige als abenteuerliche Existenz zu verlängern, auf Kosten der Entwicklung jener bereits genannten arbeitenden Klasse.“

„Ergo, handeln Diejenigen, die den Schutzzöllen „bedingungsweise“ zustimmen, „bedingungsweise“ im politischen und ökonomischen Interesse des Kapitals, und bekämpfen — natürlich ebenso „bedingungsweise“ — die politische und ökonomische Befreiung des Proletariats.“

Wenn die Herrn Bedingungsweisen diese Sätze umzustossen versuchen wollen, so sind wir gern erbötig, ihnen den nöthigen Spielraum zu gewähren.

„Ist Ihnen dies zu mühsam, so sind wir auch nicht neugierig, zu erfahren, unter welchen Bedingungen sie sich bereitwillig gezeigt haben, die Schutz-zollprojekte des Mannes, der uns mit der Bezeichnung „Banditen“ geehrt hat, in Gemeinsamkeit mit dem kapitalistischen Kleoblatt zu befürworten.“

Wie würde Ihnen ein Fräulein gefallen, welches behauptet, noch un-schuldig zu sein, aber auf die Frage, ob sie auch bisweilen hinter dem Rücken ihrer Mutter eine Nacht in der Kaserne zubringe, antwortet:

„Jenachdem.“

Man thut es, oder man thut es nicht. Thut man es, so sind die Bedingungen eine Nebenfrage.

Ebenso wären die Wortführer der Sozialdemokratie nicht unschuldig, sondern sehr schuldig, wenn sie sich auch noch so bedingungsweise den Zumuthungen Bismarcks, Buchers und ähn-

licher Aftersozialisten hingeben würden.

Man hat politische Prinzipien, oder man hat keine.

Bequemer ist es freilich, keine zu haben.

Man kann dann stimmen, wie man will.

Aber dann ist es ein wenig dreist, die Bedingungen, die der Welt vollkommen gleichgültig sind, auf offenem Markte zu diskutieren.

Wir rathen den Herrn Bedingungsweisen, künftig dies Geschäft lieber in einem Hausflur zu erledigen.



Die sicherste Wirkung der Schutz-zölle wird eine kolossale Vertheuerung der Lebensmittel sein.

Baar Geld wird also nur noch einen Theil der Güter repräsentiren, die man gestern dafür kaufen konnte.

Arbeiter, die sich kleine Ersparnisse abgerungen haben, werden also den herrlichen Plan des Kanzlers dadurch empfinden, dass er den Werth ihres Sparkassenbuchs um ein Drittel oder die Hälfte vermindert, was für sie genau dieselbe Wirkung hat, als ob die Hälfte oder ein Drittel vom Exekutor geholt worden wäre.

..

Wem der Kanzler auf diese Weise sein sauer Ersparnes grossmüthig aus der Tasche zieht, um sich selbst und andern Spiritusbrennern ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen, der ist gewiss nicht zu beneiden. Wie wird es aber Dem gehen, der nichts sparen kann, weil er kaum das liebe Essen verdient?

..

Dieser wird noch weit schlimmer daran sein.

Von heute auf morgen werden ihm Brod, Fleisch, Miethe, Kleidungsstücke, Bier und Tabak im Preise gesteigert.

Er tröstet sich wohl gern mit dem Gedanken, dass dies geschieht, um das Budget des deutschen Reichs im Gleichgewicht zu halten.

Aber, fragt er, habe ich nicht auch ein Budget? Wo bleibt mein Gleichgewicht?

..

Schlechter essen, enger wohnen, als bisher — das ist das Rezept, welches ihm die Konservativen verschreiben.

Fasten ist Gott wohlgefällig und treibt die sündhaften Gedanken aus; auch erleichtert es die Ansammlung des Nationalreichthums.

..

Allein bei der kurzen Zeit, die das Kaiserreich erst auf den Köpfen der Arbeiter lastet, sind sie noch nicht intelligent genug, um diese Lehre des Heils zu begreifen.

Diese von dem wüsten Taumel der Sozialdemokratie Ergriffenen sind frech genug, dem Patrioten, zu erwie-

dern, er möchte ihnen gefälligst einmal vorfasten, damit sie sehen, wie's gemacht wird.

Wir haben noch niemals einen Reichs- und Zollfreund gesehen, der nicht vor dieser Bitte schleunigst Reissaus genommen hätte.

Wenn aber die Arbeiter, bei theureren Preisen, ebenso viel essen wollen, wie zuvor — und dies hat Ihnen der Kanzler ausdrücklich versprochen — so müssen sie mehr Lohn bekommen, und da bekäuntlich die Meister und Faktikanten gutwillig niemals zu einer Lohnerhöhung zu bewegen sind, so ist die nächste und direkte Folge der Schutzzölle eine allgemeine
Striko-Bewegung.



Offenbar hat die Regierung diesen Fall vorhergesehen, indem sie sich beileit, noch vor der Verwirklichung ihrer Schutzzollideen die Strikokassen der Arbeiter zu annektiren.

Ohne Mittel, ohne Organisation, ohne Presse, müssen die Arbeiter natürlich in diesen Kämpfen unterliegen und werden also schliesslich in das Joch gezwungen werden, dem sie sich nicht freiwillig unterwerfen wollen.

Nöthigenfalls wird das herrliche Kriegsheer gegen sie verwendet, eines-theils, indem, wie üblich, beurlaubte Soldaten die Stelle der Strikenden ausfüllen, andertheils, indem man die Verzweifelten, wenn sie Brot verlangen, mit Patronen sättigt.



Wenn die deutschen Sozialdemokraten den Pessimismus zum Prinzip hätten, wenn sie von der Ansicht ausgehen, dass es dem Volke erst recht schlecht gehen müsse, damit es seine Lage erkenne und sich selbst helfe, so würden sie dem Unternehmen unseres genialen Staatsmannes Beifall spenden und es nach Kräften unterstützen.

Ist dies vielleicht die Idee, die einige Sozialdemokraten ins schutzzöllnerische Lager geführt hat?

Das mag vielleicht ein sehr pffiliger Standpunkt sein — oder auch nicht — aber der Standpunkt unserer Partei ist es niemals gewesen und wird es wohl auch niemals sein.

Hätten wir dieser Theorie gehuldigt, so hätten unsere Vertreter im Reichstag seit 1871 für alles stimmen müssen, was sie bekämpft haben, und umgekehrt.

Sie hätten dann die Gründung des Kaiserreichs, die Annexion Elsass-Lothringens, die Wiedereinführung der Todesstrafe, das Militärseptennat, das Ausnahmegesetz, kurz alle Beschlüsse, die dem Volk nachtheilig sind, mit beiden Händen votiren müssen.

Um konsequent zu sein, hätten sie sogar eine Verlängerung des Arbeitstags beantragen müssen!

Von alledem hat aber unsere Vertretung im Reichstag genau das Gegentheil gethan, und mit Recht.



Wir sind eben eine Partei, die von Prinzipien geleitet wird und nicht von egoistischen Partei-Rücksichten, und deshalb müssen wir auch heute eine Politik bekämpfen, obgleich wir vorhersehen, dass deren Verwirklichung unsere Partei zu einer von den Gegnern ungeahnten Stärke entwickeln wird.

Wir haben aber wiederholt nachgewiesen, dass unsere Partei, die die indirekten Steuern überhaupt bekämpft, und auf deren Programm die Forderung einer progressiven Einkommensteuer figuriert, die Finanzkunststücke des Kanzlers nicht annehmen kann, ohne ihre Prinzipien zu verwerfen.

* *

Und wir stehen damit nicht allein. Alle andern sozialdemokratischen Organe haben sich in gleichem Sinne ausgesprochen: die „Freiheit“, die „Tagewacht“, die Parteiblätter, die in Oesterreich, in Belgien, Holland, Frankreich, Italien, Amerika u. s. w. erscheinen. Keine einzige Stimme in dieser zahlreichen Presse hätte es für möglich gehalten, dass die deutschen Sozialisten auch nur „bedingungsweise“ dem Kleeblatt ihrer Todfeinde helfen könnten, die Ketten Deutschlands fester zu schmieden.

* * *

Folgendes z. B. — um eine Probe aus vielen zu geben — schreibt das „Philadelphia Tagblatt“ in einer Korrespondenz aus Breslau:

„Um die 200 Millionen neue Steuern durchzudrücken, hat Bismarck für gut befunden, unter dem Schlagworte Schutz Zoll Industrielle und Landwirthe zu bearbeiten, die seinen Steuerprojekten zustimmen, um sich auf Kosten des ganzen Volkes zu bereichern.“

„Durch das alberne Geschwätz, dass durch Erhebung hoher Steuern auf Halb- und Ganzfabrikate die Arbeit sich mehren wird, lässt sich das Volk (?) überbelpeln und nimmt diese Flunkererei für baare Münze. Wenn unsere Grossindustriellen nach „Schutz Zoll“ schreien, so hoffen sie eben, dadurch ein Geschäft zu machen. Dass auch die Nachfrage nach Arbeitern sich dabei vermehren wird, ist eine irrthümliche Ansicht. Ganz abgesehen davon, dass mit der immer zunehmenden Vermehrung und Verbesserung der Maschinen, wir niemals aus den Krisen herauskommen werden — ausgenommen durch Umge-

staltung des Produktions-Systems — da hierdurch immer mehr Arbeiterhände überflüssig werden, rufen doch unsere industriellen Grossbürger nicht etwa deshalb nach Schutzzoll, weil ihnen die arbeitslose Masse Mitleiden einflösst — im Gegentheil, ihr eigenstes Privatinteresse gibt ihnen das ein. Nehmen wir z. B. an, dass mit den geplanten Schutzzollrezepten eine fertige Maschine 300 Mark anstatt bis jetzt 80 Mark Eingangszoll kostet, so werden unsere industriellen Schlotjunker ihre eigenen Maschinen durchaus nicht zu dem jetzigen Preise verkaufen. Nein, sie werden den Preis derselben in ziemlich gleiche Höhe mit den vom Zoll betroffenen Maschinen bringen. Das ist des Pudels Kern! Es werden deshalb durchaus nicht eine grössere Anzahl, sondern des erhöhten Preises wegen weniger Maschinen konsumirt werden. Je theurer für den weniger bemittelten Mann ein Gegenstand ist, desto weniger kann er ihn sich beschaffen. Also wird das nationale Arbeitsangebot nicht vermehrt, sondern

verringert. Die Arbeiter also werden sich dabei eher noch schlechter stehen, als zuvor."

"Und so ist es mit allen Gegenständen, die mit höheren Zöllen belegt werden sollen, und dasselbe gilt für unsere landwirthschaftlichen Verhältnisse."

Dann erwähnt dieser Artikel noch, dass in der Partei einige Persönlichkeiten für die Schutzzöllerei agitiren, und knüpft hieran folgende Bemerkung: "Es ist dies ein Zeichen, dass zeitweise auch hier die Leute das Ziel der ganzen Arbeiterbewegung aus dem Auge verlieren. Das Ziel ist die Organisation der Arbeit auf Grund einer Völkerverbrüderung und Beseitigung aller Grenzpfähle. Auch darf nicht vergessen, sondern muss immer besonders hervorgehoben werden, dass jede Steuer, auch wenn dieselbe "Schutzzoll" heisst, im Militär- und Polizeistaat zur

Vergrößerung der Macht und zur Bereicherung der jeweiligen Machthaber dient."



Zur Frage der Taktik.

Eine Anzahl in London lebender Parteigenossen legt in der neuesten Nummer der »Freiheit« unter der Form einer an die deutschen Sozialisten gerichteten Denkschrift ihre Ansichten über den jetzigen Stand der Bewegung und über die derselben weiter zu gehende Entwicklung dar, und fordert alle sozialistischen Blätter auf, diese Ansichten ihrer Prüfung zu unterwerfen und ihr Gutachten darüber abzugeben.

..

Wir thun dies um so gewisser, als wir in Bezug auf einige Punkte uns bereits früher in ähnlichem Sinne ausgesprochen haben, wie dies jetzt die Genossen in London thun.

Sie heben hervor, dass das Sozialistengesetz seitens unserer Partei nicht als ein Rechtsboden betrachtet werden darf, sondern als ein Attentat, gegen welches wir stets protestiren müssen, und dessen beabsichtigter Wirkung wir nach Kräften entgegenzuarbeiten haben.

..

Man will uns verhindern, unsere Grundsätze zu bekennen und zu verbreiten?

Nun müssen wir es erst recht thun, bei jeder Gelegenheit!

In den von unseren Gegnern einberufenen Versammlungen (da es ja für uns kein Versammlungsrecht mehr geben soll), in den Vereinen der Bourgeoisie, in der Werkstätte, auf dem Spaziergang, beim Glase Bier, — kurz überall erhebe die Sozialdemokratie frei den Kopf und blicke dem Gegner stolz in die Augen!

Anstatt uns vom Bourgeois verblüffen zu lassen, muss er verblüfft da sitzen!

Ein Anlass zu männlichem Auftreten für unsere Sache findet sich alle Tage, denn die Reichsfreunde provoziren uns ja auf Schritt und Tritt.

Diese Provokationen werden sogar immer übermüthiger, jemebr sich die Arbeiter ducken, während umgekehrt eine feste Antwort Schwache ermuthigen kann.

* *

Das Sozialistengesetz, und wenn es von Kautschukrichtern auch noch so breit gezogen wird, verhindert immer doch nur das Erscheinen von Arbeiterblättern in Deutschland und die Organisation von Vereinen, ist aber absolut ohnmächtig gegen die Massen.

Man denke sich doch nur einmal Prozesse gegen die 22,000 Wähler Fritzsche's in Berlin!

* *

Man lasse sich also nicht einschüchtern von irgend einem Hasenfuss, der seine Nase pudern zu müssen glaubt, um nichts Rothes zu zeigen.

* *

Ebenso weise man jede Vertuschung und Verheuchelung unserer Bestrebungen entschieden zurück.

Ein Kompromiss kann uns kompromittiren, unsere Genossen irreleiten, ohne der Partei das Geringste zu nützen.



An einigen Orten, wo sozialdemokratische Blätter mit Ehren auf dem Eulenburg'schen Schaffot gefallen sind, erscheinen neue Blätter, in den gleichen Druckereien hergestellt, wie die unterdrückten, aber, soweit wir sie zu Gesicht bekommen haben, in nichts verschieden von irgend einer Bourgeoiszeitung.

Die „Freiheit“ behauptet sogar, sie seien noch „farbloser“ als liberale Blätter.

Wir haben selbstverständlich nichts dagegen einzuwenden, dass eine Druckerei, die vielleicht ein Parteigenosse mit Opfern erworben hat, Druckarbeiten ausführt, auf eigene oder fremde Rechnung, die sein Unternehmen rentabel machen, und wir mühen ihm nicht zu, lediglich Sachen zu drucken, die unsorn Grundsätze dienen. Es genügt, wenn er nichts gegen uns druckt.

Ebensowenig verdenken wir es früheren Redakteuren sozialistischer Organe, wenn sie heute, wo man ihre Blätter unterdrückt hat, irgend eine Arbeit verrichten, die ihnen die Unabhängigkeit ihrer Gesinnung lässt.

Sie können also in farblose, sie können sogar, so lange sie ihre Ueber-

zeugung in denselben nicht zu verleugnen brauchen, in gegnerische Blätter schreiben.

Aber man behandle derartige indifferente Prossunternehmungen, die einen rein materiellen Zweck haben, nicht als eine Parteisache, sondern rein vom geschäftlichen Standpunkte aus, nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage.

Wenn die Arbeiter die Unglücksfälle und Klatschgeschichten lieber in einem Blatt lesen, das von einer Anzahl ehemaliger sozialistischer Redakteure zusammengestellt wird, als in einem von Gegnern bedienten, so ist das gewiss hübsch, und wir sind zu gute Kollegen, um nicht einom solchen Blatte die grösste Prosperität zu wünschen.

Aber wenn man den Genossen es zur Gewissenspflicht machte, derartige, eines bestimmten politischen Charakters entbehrende Blätter zu halten und zu lesen, wenn man die Arbeiter auf den Glauben brächte, sie hätten durch die Hergabe ihrer Mittel für solche Blätter der Partei irgend einen Dienst geleistet, so würde man die Arbeiter — in dieser Beziehung hat »Freiheit« Recht — missbrauchen.

Das Gesagte gilt natürlich nicht von einigen treflichen Blättern, die, ohne irgend einer Parteitendenz zu huldigen, für die Volksbildung thätig sind und die in keiner Arbeiterfamilie fehlen sollten.

Wir hätten diese Blätter schon längst nachdrücklich empfohlen, wenn wir nicht fürchteten, dass ihnen unsere Empfehlung gefährlich sein könnte.



Hingegen können wir uns in zwei Punkten der Meinung des Londoner Vereins nicht anschließen.

Erstens sind wir gegen jede Art von Geheimbündelei, die nur den Spitzeln Gratifikationen, den Richtern Orden, den Gefängnissen Insassen liefern, sonst aber keinen Hund aus dem Ofenloch locken würde.

Jeder Geheimbund setzt eine Hierarchie, eine Stufenleiter, eine Ueberordnung von mehr und weniger Eingeweihten voraus, was an sich unseren modernen demokratischen Anschauungen widerstreitet.

Geheime Statuten, geheime Zusammenkünfte, geheime Korrespondenz, — Wichtigthuererei, basirt auf der Forderung eines absoluten Vertrauens und fortwährend untergraben durch die Nothwendigkeit eines ebenso absoluten Misstrauens.

Verfallen wir nicht auf diesen Irrweg, der noch in keiner vorgeschritteneren

Bewegung mit prinzipiellen, populären Zielpunkten von Nutzen gewesen ist, weil er zu nichts führen kann, als zu Selbsttäuschungen, Zänkereien, Korruption und, im besten Falle, Einschüchterung der noch neutralen Elemente des Volkes, die, sobald sie uns offen und fest der Verfolgung trotzen sehen, von selbst zu uns kommen werden, umgekehrt aber durch Alles, was entfernt nach Verschwörungsmantik riecht, von uns abgestossen würden.

Wir brauchen keine geheime Organisation.

Ist es verboten, mit seinem Nachbarn, mit seinem Kameraden zu sprechen?

Ist schon Jemand verurtheilt worden, weil er auf die „Freiheit,“ auf die „Tagwacht,“ auf die „Laterne“ abonniert hat?

Die ersten Strafbareren wären dann der Minister Eulenburg, der Geheimrath Bucher und der Polizeipräsident Madai, die sich unser Blatt jeden Sonntag kommen lassen.

Was diese dürfen, das darf Jeder

und viel mehr konnten wir vor dem Oktobergesetz auch nicht thun.

Verboten ist nicht, verbotene Blätter zu lesen, sondern nur, sie zu verbreiten, d. h. sie ändern zu lesen zu geben.

Ist auch nicht nöthig.

Wenn Dich Jemand, den Du nicht genau kennst, ersucht, ihm Dein Blatt zu leihen, so antworte ihm einfach, dass dies nicht erlaubt sei, dass es ihm aber freistehe, gleichfalls zu abonniren und dass wir den Betrag sogar in Briefmarken annehmen.



Der andere Punkt, in welchem wir von den Londonern abweichen, ist der unsere Vertreter im Reichstag betreffende.

Weil Herr v. Forckenbeck unsere Freunde im Reichstag behandelt, wie einst Herr Schneider im gesetzgebenden Körper Napoleons die Opposition, sollten sie deshalb die Flinte ins Korn

werfen und ihre Mandate niederlegen?
Welchen Zweck sollte das haben?

Sie sind von den sozialistischen Arbeitern auf diesen Posten geschickt worden, um gegen die Vergewaltigung des Volks zu protestiren.

Haben sie das etwa nicht gethan?

Die Londoner mögen doch ihre Reden lesen!

Die Haltung unserer paar Abgeordneten hat selbst den Gegnern imponirt und hat die öffentliche Meinung, die durch den Einfluss der Reptilienpresse gegen uns war, wieder günstiger für uns gestimmt.

Der Vergleich mit der von Lassalle gezeigten fortschrittlichen Majorität, deren parlamentarische Rechte vom Ministerium mit Füßen getreten wurden, passt wie die Faust auf Auge.

Gerade die parlamentarische Pflicht, die einer missachteten Majorität den Rücktritt und den Appell an das hinter ihr stehende zornige Volk vorschreibt,

zwingt eine Minorität, trotz aller Chancen eines Höflings, auf ihrem Posten auszuharren!



Am 28. d. M. fand in Brüssel eine gesellige Zusammenkunft deutscher Sozialisten statt, in welcher die oben erwähnte Londoner »Denkschrift« besprochen wurde.

Dieser Versammlung wohnten, genau gezählt, 17 Genossen bei, von denen nach längerer Debatte, in welcher einige Genossen sich auch im Sinne der vorstehenden Ausführungen äußerten, die Mehrheit sich mit dem Manifest einverstanden erklärte.

Zu einer genauen Prüfung desselben war offenbar die Zeit etwas kurz gewesen, da es wohl den meisten Genossen erst am selben Tage bekannt geworden war.



Kleine Mittheilungen.

Das „allerhöchste Handschreiben“
nobst goldenem Kreuzfix, das die Kai-
sarin den von Falk gemassregolten
„Brüdern der christlichen Schulen“ in
Kempenhof bei Coblenz durch den Ober-
bürgermeister Lottner hat überreichen
lassen, gibt eine Vorstellung von der
Anarchie, die jetzt in Deutschland ein-
gerissen ist.

Stehen die Oberbürgermeister unter
dem Minister des Innern oder unter der
Kaiserin?

Es liegt auf der flachen Hand, dass
der ebenso galante als fromme Kalen-
burg seinen Kollegen Falk desavouiren
und blamiren hilft.

Herr Falk ist zu beschäftigt mit der
Einsargung des Kulturkampfs, um
diesen Schimpf zu bemerken, und zu
apostolisch, ihn zurückzuweisen.

Er steckt Alles geduldig ein, wie der
Bürgermeister von Longerich!

Briefkasten.

G. B. und W. in C. Briefmarken erhalten.

Herausgeber Fr. Gootschalk — Brüssel.